

Im Januar 2018 wurde der Anzug von Nora Bertschi (13.5266.03) im Grossen Rat abgeschrieben. Dies insbesondere auch darum, weil auf Bundesebene die Massnahmen für die finanzielle Entschädigung der Opfer dieses traurigen Abschnitts der Schweizer Geschichte getroffen und eingeleitet wurden.

Die Regierung des Kantons Basel-Stadt befürwortet und unterstützt in ihrer Antwort die auf nationaler Ebene getroffenen Massnahmen und beteiligt sich am Solidaritätsfonds und hat die zuständigen kantonalen Anlaufstellen bezeichnet.

Aktuell haben jedoch nur rund ein Drittel aller administrativ versorgter Menschen ein Gesuch für einen Beitrag aus dem Solidaritätsfonds gestellt. Die Frist läuft Ende März 2018 aus. Die Gründe sind vielfältig und wurden von einer unabhängigen Expertenkommission untersucht. Neben der Angst vor erneuter Stigmatisierung und dem Misstrauen gegenüber Behörden sind auch die Scham und das Verdrängen dieser schmerhaften Zeit sicher mit ein Grund.

Deshalb hat die historische Aufarbeitung dieses Teils der Geschichte so eine zentrale Bedeutung und genau diese Frage wurde in der Anzugsantwort der Regierung nicht beantwortet. Der Verein Basler Geschichte ist aktuell daran mit dem Projekt „*Stadt.Geschichte.Basel*“ eine neue Stadtgeschichte zu schreiben. Dies wäre also der ideale Ort und Zeitpunkt – die spezifischen Fragestellungen zum Thema administrativ versorgter Menschen in unserem Kanton zu untersuchen und somit auch der Tatsache, dass Basel als Grenzstadt mit seinem Hafen für einige Menschen auch Hoffnung auf ein neues Leben vermitteln konnte, Rechnung getragen.

Ich bitte deshalb den Regierungsrat folgende Fragen zu beantworten:

- Wird im Rahmen der neuen Basler Stadtgeschichte die historische Aufarbeitung der administrativ versorgten Menschen im Kanton Basel-Stadt in Angriff genommen?
- Wie kann und will die Regierung des Kantons Basel-Stadt auf die historische Aufarbeitung im Rahmen der neuen Basler Stadtgeschichte Einfluss nehmen?
- Wird die spezielle Lage Basels als eine Grenzstadt mit seinem Hafen mitberücksichtigt?
- Wie viele Gesuche von Einwohner/innen des Kantons Basel-Stadt wurden bis jetzt an den Solidaritätsfonds gestellt?
- Sind bei einer allfälligen Verlängerung der Eingabefrist zusätzliche Massnahmen geplant, damit für Betroffene die Zugangsschwelle gesenkt werden kann, um ein Gesuch zu stellen?

Oliver Bolliger